

## Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 16.11.2022

Gremium:

Rat der Stadt

Sitzungsdatum:

10.11.2022

Sitzungsart:

öffentlich

### zu TOP 10.1

#### **Sachstand zum Haushaltsbegleitbeschluss zur Entwicklung eines Aktionsplanes "Angsträume City"**

Kenntnisnahme

(Drucksache Nr.: 25188-22)

Dem Rat der Stadt liegt nachfolgende Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) aus seiner Sitzung vom 04.11.2022 vor:

...der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nimmt die o. g. Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis und stimmt dem dort enthaltenen mündlichen Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE + und der Fraktion DIE FRAKTION DIE PARTEI und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt die Verlängerung der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes für den Stadtgarten über den 31.10.2022 hinaus bis zum 31.03.2023.

Weiterhin nimmt der AFBL den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:  
- siehe Beschlussvorschlag -

Zudem liegt dem Rat der Stadt folgende/r Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2022 (Drucksache Nr.: 26256-22-E1) zu „Mehr Sicherheit für die Dortmunder City“ vor:

„... die Attraktivität einer Stadt bemisst sich in besonderer Weise am Reiz ihrer Innenstadt. Umso wichtiger ist es, dass sich die Menschen in der Dortmunder City zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen können. Mehr Sicherheit für die Dortmunder City ist eine vielschichtige Daueraufgabe. Viele, völlig unterschiedliche Faktoren beeinflussen unser Sicherheitsgefühl im Herzen unserer Stadt. Dunkle Ecken, einsame, verlassene Orte in der City stören unser Sicherheitsempfinden ebenso wie möglicherweise Menschenansammlungen auf den Wegen des Stadtgartens oder gehäufte Berichte über Gewaltdelikte in der Kampstraße.

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund um Beratung und Beschlussfassung folgenden Antrages:

1. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, für die Dortmunder City eine ständige „Sicherheitskonferenz“ ins Leben zu rufen. Die Sicherheitskonferenz soll regelmäßig zusammenkommen, um die Sicherheitssituation in der City zu analysieren, Defizite zu identifizieren und in gemeinsamer Abstimmung den besten Weg für mehr Sicherheit in der Dortmunder City zu erörtern und gemeinsam zu beschreiten. Die „Sicherheitskonferenz“ sollte so zusammengesetzt sein, dass sie alle Beteiligten, wie Polizei, Stadt, Politik, Vertreter des City-Handels, der Gastro- und Kulturszene, der Hilfseinrichtungen und der Kirchen einbindet. Die Verwaltung legt dem Rat zur nächsten Sitzung am 15. Dezember 2022 ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vor.
2. Der Aktionsplan „Angsträume City“ ist auf diese Weise fortlaufend zu aktualisieren. Dem Rat und den zuständigen Ausschüssen wird halbjährlich Bericht erstattet.

Begründung

Erfolgt ggf. mündlich.

Rm Wallrabe (CDU) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Empfehlung des AFBL hinsichtlich der Verlängerung der Beauftragung des privatwirtschaftlichen Sicherheitsdienstes.

Rm Goosmann (SPD) zeigt sich erstaunt über den kurzfristig von der CDU-Fraktion eingebrachten Zusatz-/Ergänzungsantrags. Er erinnert an den Konsens, dass Fachdiskussionen in den Ausschüssen

## **Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift**

geführt werden. Auch sieht er in dem Antrag Parallelen zu einem Antrag den seine Fraktion zwei Tage zuvor im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöÖAB) gestellt hat und der dort von der CDU-Fraktion abgelehnt wurde. In der Sache sieht er gemeinsame Ziele, diese hätten aber bereits im Fachausschuss besprochen werden können. Der nun vorliegende Antrag enthält für ihn Klärungsbedarf. Daher beantragt er die Überweisung in den ABöÖAB.

OB Westphal weist mit Blick auf den Antrag darauf hin, dass es seit vier Jahren eine Sicherheitskonferenz gibt.

Rm Schlösser (Die Partei) sagt, es würden gerade neue Angsträume geschaffen. Und zwar für Obdachlose, die auf Sicherheitsdienste träfen. Diese Personen verfügen über keinen geschützten Raum. Aus eigener Beobachtung schildert er den Umgang mit Obdachlosen.

Rm Beckmann (B'90/Die Grünen) hält den Antrag der CDU-Fraktion für überdenkenswert, es müssten aber weitere Frage diskutiert werden. Einerseits ist die Konstellation zu existierenden Gremien zu betrachten, andererseits aber auch, ob die Innenstadt isoliert zu betrachten ist. So müssten ggf. Auswirkungen auf andere Stadtteile in den Blick genommen werden. Auch der Blick in andere Städte sei wichtig. Sowohl Fachgruppenbildung als auch die Auswahl der Teilnehmer\*innen ist wichtig.

Rm Mader (CDU) stellt hinsichtlich des Antrags seiner Fraktion die Sorgen der Menschen in den Vordergrund. Er stellt heraus, dass der Antrag auf die Sicherheit in der Innenstadt zielt. Die Situation von Obdachlosen, wie von Rm Schlösser vorgetragen, sei –wenn auch berechtigt– aber nicht Antragsinhalt. Einen Anspruch auf Gewaltfreiheit haben alle Menschen, in Wohnquartieren wie auch in der Innenstadt. Mit der Diskussion des Antrags im ABöÖAB ist die CDU-Fraktion einverstanden.

Die Vertragsverlängerung mit dem Sicherheitsdienst ist aus Sicht des Rm Kauch (FDP/Bürgerliste) richtig. Den heute vorliegenden Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion kritisiert er und vermutet, eine gute Berichterstattung sei das Ziel. Denn zunächst sei Sicherheit auf der Straße eine Sache der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Erfolgt Anpassungen bei der Sicherheitskonferenz, müsste dies auf Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung unter Beachtung von Wechselwirkungen geschehen. Den Antrag in der aktuellen Form lehnt er ab.

Rm Kowalewski (Die Linke+) wünscht sich für die Ausschlussdiskussion, dass die aktuelle Sicherheitskonferenz mit dem Antrag der CDU-Fraktion verglichen wird, um mögliche fehlenden Aspekte zu identifizieren. Positiv im CDU-Antrag sieht die Fraktion Die Linke+ die Idee, die Sicht der Hilfsorganisationen künftig zu berücksichtigen. Dann könnte auch Obdachlosigkeit, Drogenkriminalität oder Kriminalität aus dem Bereich des Rechtsextremismus in die Überlegungen einfließen. Neben Repression gibt es weitere Instrumente. Die „Dortmund Guides“ seien z.B. ein probates Mittel.

Rm Dr. Suck (CDU) macht hinsichtlich der Ausschussberatung darauf aufmerksam, dass die Beteiligung der Politik im Antrag explizit formuliert sei. In der neu eingerichteten Kampfstraßenrunde und der bisherigen Sicherheitskonferenz sei die Politik nicht berücksichtigt.

OB Westphal erläutert, die aktuelle Sicherheitskonferenz finde unter Beteiligung von Polizei, Bundespolizei, Staatsanwaltschaft, alle Bereichen der Verwaltung zum Thema „Hilfe“ sowie des KOD statt. Inhaltlich gehe es um die Sicherheitslage in der gesamten Stadt. Die sich dort ergebenden Schwerpunkte würden, wie im Falle der Kampfstraße, vertieft. Bisher wurde unter Beachtung des Grundsatzes der Vertraulichkeit für die Politik ein abgestuftes Verfahren gewählt. Vertreter\*innen aus der Politik werden jedoch informiert.

- 1. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den aktuellen Sachstand zum Haushaltsbegleitbeschluss zur Entwicklung eines Aktionsplanes „Angsträume City“ zur Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den vom 23.05. bis einschließlich 31.10.2022 befristeten Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes mit einer Präsenz von Montag bis Samstag (19 bis 23 Uhr) sowie an Sonn- und Feiertagen (15 bis 23 Uhr) im Stadtgarten zur Kenntnis. Die Beauftragung der Verwaltung erfolgte aus dem bestehenden Rahmenvertrag.**
- 3. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt die bisher geplanten Veranstaltungen im Stadtgarten zu Kenntnis.**

**Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke+ und Die Partei sowie gegen die Stimme des Rm Gülec (BVT) und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Empfehlung des AFBL folgend die Verlängerung der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes für den Stadtgarten über den 31.10.2022 hinaus bis zum 31.03.2023.**

## **Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift**

**Der Rat der Stadt überweist den Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2022 einstimmig in den ABÖÖAB.**

## Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift

Erstellt am: 25.11.2022

Gremium:

Rat der Stadt

Sitzungsdatum:

10.11.2022

Sitzungsart:

öffentlich

### zu TOP 10.1

#### **Sachstand zum Haushaltsbegleitbeschluss zur Entwicklung eines Aktionsplanes "Angsträume City"**

Kenntnisnahme

(Drucksache Nr.: 25188-22)

Dem Rat der Stadt liegt nachfolgende Empfehlung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften (AFBL) aus seiner Sitzung vom 04.11.2022 vor:

„...der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nimmt die o. g. Empfehlung des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden zur Kenntnis und stimmt dem dort enthaltenen mündlichen Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE + und der Fraktion DIE FRAKTION DIE PARTEI und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt zu:

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfiehlt dem Rat der Stadt die Verlängerung der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes für den Stadtgarten über den 31.10.2022 hinaus bis zum 31.03.2023.

Weiterhin nimmt der AFBL den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Kenntnis:  
- siehe Beschlussvorschlag -

Zudem liegt dem Rat der Stadt folgende/r Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2022 (Drucksache Nr.: 26256-22-E1) zu „Mehr Sicherheit für die Dortmunder City“ vor:

„... die Attraktivität einer Stadt bemisst sich in besonderer Weise am Reiz ihrer Innenstadt. Umso wichtiger ist es, dass sich die Menschen in der Dortmunder City zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher fühlen können. Mehr Sicherheit für die Dortmunder City ist eine vielschichtige Daueraufgabe. Viele, völlig unterschiedliche Faktoren beeinflussen unser Sicherheitsgefühl im Herzen unserer Stadt. Dunkle Ecken, einsame, verlassene Orte in der City stören unser Sicherheitsempfinden ebenso wie möglicherweise Menschenansammlungen auf den Wegen des Stadtgartens oder gehäufte Berichte über Gewaltdelikte in der Kampstraße.

Vor diesem Hintergrund bittet die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund um Beratung und Beschlussfassung folgenden Antrages:

1. Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, für die Dortmunder City eine ständige „Sicherheitskonferenz“ ins Leben zu rufen. Die Sicherheitskonferenz soll regelmäßig zusammenkommen, um die Sicherheitssituation in der City zu analysieren, Defizite zu identifizieren und in gemeinsamer Abstimmung den besten Weg für mehr Sicherheit in der Dortmunder City zu erörtern und gemeinsam zu beschreiten. Die „Sicherheitskonferenz“ sollte so zusammengesetzt sein, dass sie alle Beteiligten, wie Polizei, Stadt, Politik, Vertreter des City-Handels, der Gastro- und Kulturszene, der Hilfseinrichtungen und der Kirchen einbindet. Die Verwaltung legt dem Rat zur nächsten Sitzung am 15. Dezember 2022 ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung vor.
2. Der Aktionsplan „Angsträume City“ ist auf diese Weise fortlaufend zu aktualisieren. Dem Rat und den zuständigen Ausschüssen wird halbjährlich Bericht erstattet.

Begründung

Erfolgt ggf. mündlich.

Rm Wallrabe (CDU) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Empfehlung des AFBL hinsichtlich der Verlängerung der Beauftragung des privatwirtschaftlichen Sicherheitsdienstes.

Rm Goosmann (SPD) zeigt sich erstaunt über den kurzfristig von der CDU-Fraktion eingebrachten Zusatz-/Ergänzungsantrag. Er erinnert an den Konsens, dass Fachdiskussionen in den Ausschüssen

## **Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift**

geführt werden. Auch sieht er in dem Antrag Parallelen zu einem Antrag, den seine Fraktion zwei Tage zuvor im Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden (ABöÖAB) gestellt hat und der dort von der CDU-Fraktion abgelehnt wurde. In der Sache sieht er gemeinsame Ziele, diese hätten aber bereits im Fachausschuss besprochen werden können. Der nun vorliegende Antrag enthält für ihn Klärungsbedarf. Daher beantragt er die Überweisung in den ABöÖAB.

OB Westphal weist mit Blick auf den Antrag darauf hin, dass es seit vier Jahren eine Sicherheitskonferenz gibt.

Rm Schlösser (Die Partei) ist der Meinung, es würden gerade neue Angsträume geschaffen, und zwar für Obdachlose, die auf Sicherheitsdienste trafen. Diese Personen verfügen über keinen geschützten Raum. Aus eigener Beobachtung schildert er den Umgang mit Obdachlosen durch Sicherheitspersonal.

Rm Beckmann (B'90/Die Grünen) hält den Antrag der CDU-Fraktion für überdenkenswert, es müssten weitere Fragen diskutiert werden. Einerseits ist die Konstellation zu existierenden Gremien zu betrachten, andererseits aber auch, ob die Innenstadt isoliert zu betrachten ist. So müssten ggf. Auswirkungen auf andere Stadtteile in den Blick genommen werden. Auch der Blick in andere Städte sei wichtig. Sowohl Fachgruppenbildung als auch die Auswahl der Teilnehmer\*innen ist wichtig.

Rm Mader (CDU) stellt hinsichtlich des Antrags seiner Fraktion die Sorgen der Menschen in den Vordergrund. Er stellt heraus, dass der Antrag auf die Sicherheit in der Innenstadt zielt. Die Situation von Obdachlosen, wie von Rm Schlösser vorgetragen, sei –wenn auch berechtigt– nicht Antragsinhalt. Einen Anspruch auf Gewaltfreiheit haben alle Menschen, in Wohnquartieren wie auch in der Innenstadt. Mit der Diskussion des Antrags im ABöÖAB ist die CDU-Fraktion einverstanden.

Die Vertragsverlängerung mit dem Sicherheitsdienst ist aus Sicht des Rm Kauch (FDP/Bürgerliste) richtig. Den heute vorliegenden Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion kritisiert er und vermutet, eine gute Berichterstattung sei das Ziel. Denn zunächst sei Sicherheit auf der Straße eine Sache der Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD). Erfolgte Anpassungen bei der Sicherheitskonferenz, müsste dies auf Grundlage einer ganzheitlichen Betrachtung unter Beachtung von Wechselwirkungen geschehen. Den Antrag in der aktuellen Form lehnt er ab.

Rm Kowalewski (Die Linke+) wünscht sich für die Ausschussdiskussion, dass die aktuelle Sicherheitskonferenz mit dem Antrag der CDU-Fraktion verglichen wird, um mögliche fehlenden Aspekte zu identifizieren. Positiv im CDU-Antrag sieht die Fraktion Die Linke+ die Idee, die Sicht der Hilfsorganisationen künftig zu berücksichtigen. Dann könnten auch Obdachlosigkeit, Drogenkriminalität oder Kriminalität aus dem Bereich des Rechtsextremismus in die Überlegungen einfließen. Neben Repression gibt es weitere Instrumente. Die „Dortmund Guides“ seien z.B. ein probates Mittel.

Rm Dr. Suck (CDU) macht hinsichtlich der Ausschussberatung darauf aufmerksam, dass die Beteiligung der Politik im Antrag explizit formuliert sei. In der neu eingerichteten Kampfstraßenrunde und der bisherigen Sicherheitskonferenz sei die Politik nicht berücksichtigt.

OB Westphal erläutert, die aktuelle Sicherheitskonferenz finde unter Beteiligung von Polizei, Bundespolizei, Staatsanwaltschaft, allen Bereichen der Verwaltung zum Thema „Hilfe“ sowie des KOD statt. Inhaltlich gehe es um die Sicherheitslage in der gesamten Stadt. Die sich dort ergebenden Schwerpunkte würden, wie im Falle der Kampfstraße, vertieft. Bisher wurde unter Beachtung des Grundsatzes der Vertraulichkeit für die Politik ein abgestuftes Verfahren gewählt. Vertreter\*innen aus der Politik werden jedoch informiert.

**Der Rat der Stadt beschließt mit Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke+ und Die Partei sowie gegen die Stimme des Rm Gülec (BVT) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Empfehlung des AFBL folgend die Verlängerung der Beauftragung des privaten Sicherheitsdienstes für den Stadtgarten über den 31.10.2022 hinaus bis zum 31.03.2023.**

- 1. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den aktuellen Sachstand zum Haushaltsbegleitbeschluss zur Entwicklung eines Aktionsplanes „Angsträume City“ zur Kenntnis.**
- 2. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt den vom 23.05. bis einschließlich 31.03.2023 befristeten Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes mit einer Präsenz von Montag bis Samstag (19 bis 23 Uhr) sowie an Sonn- und Feiertagen (15 bis 23 Uhr) im Stadtgarten zur Kenntnis. Die Beauftragung der Verwaltung erfolgte aus dem bestehenden Rahmenvertrag.**

## **Auszug aus der nicht genehmigten Niederschrift**

**3. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt die bisher geplanten Veranstaltungen im Stadtgarten zu Kenntnis.**

**Der Rat der Stadt überweist den Zusatz-/Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2022 einstimmig in den ABÖÖAB.**